

## **Diskussionsabend „Schule und Gesellschaft – eine spannungsgeladene Beziehung“**

Am 5. Oktober, dem Weltlehrertag, veranstaltete der Ausschuss in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule eine Veranstaltung mit dem Titel „Schule und Gesellschaft – eine spannungsgeladene Beziehung“.

Die Veranstaltung war vor allem als Diskussionsnachmittag mit dem Publikum angelegt, das im Wesentlichen aus Schulleitern und Lehrern, aber auch Eltern und anderen Interessenten bestand. Im Vorfeld der Diskussion gab es zwei Impulsreferate zum Thema.

### In einer Demokratie ist Bildung nicht (nur) ein Recht. Sie ist eine Pflicht (von Nico Hirtt)

Herr Hirtt legte in seinem Vortrag dar, dass die Schule im klassischen humanistischen Diskurs nach dem französischen Philosophen Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet (1743-1794) zur Aufgabe hat, die Gleichheit der Bürger sicherzustellen (Chancengleichheit, Gleichheit vor dem Gesetz). Die Schule kann diese Aufgabe jedoch nicht erfüllen: Die Ungleichheit erwächst nicht aus der Bildung, sondern aus der Gesellschaft. Aus dieser Tatsache leitete er die Frage nach den tatsächlichen Aufgaben der Schule ab und warf dafür ein Blick auf die Geschichte.

Am Anfang war die Schule eine Einrichtung zur Ausbildung und Erziehung der sozialen und politischen Eliten. Die Kinder aus dem einfachen Volk hingegen erhielten eine Ausbildung und Erziehung am Arbeitsplatz und mit Bezug zu dieser Arbeit.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts reduziert die Maschinerisierung die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern. Diese Dequalifizierung und Urbanisierung zerstören die herkömmlichen Orte der Sozialisierung der Kinder aus dem Volk (die Berufsausbildung und die ländliche Familie). Die Schule ist daher vor allem eine Einrichtung zur Resozialisierung.

Am Ausgang des 19. Jahrhunderts wird die Schule angesichts der zunehmenden Kriegsgefahr zwischen imperialistischen Mächten und in Anbetracht der Gefahren, die von den Arbeiterrevolutionen ausgehen, zu einem veritablen ideologischen Staatsapparat mit dem Auftrag, die Liebe zum Vaterland und den bestehenden Institutionen einzuimpfen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beanspruchen die Massentechnologien (Elektrik, Mechanik) wieder mehr qualifizierte Arbeiter. Der technische und berufliche Unterricht wird daher immer wichtiger, jedoch haben nur die Besten Zugang zu diesen Studiengängen. Die Schule wird damit zum Ort der beruflichen Ausbildung und der meritokratischen<sup>1</sup> Selektion.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kommt es zu einer Vermassung des Sekundarunterrichts, aber auch des Schulversagens. Die meritokratische Selektion weicht einer negativen Selektion durch Versagen. Die Schule sortiert nach sozialer Herkunft und wird zu einer Instanz der generationenübergreifenden Reproduktion sozialer Ungleichheit.

Seit 1980 befindet sich die Schule im Zeitalter der Krisen und des verschärften Konkurrenzkampfes. Sie muss der Wirtschaft zu Diensten sein, und das zu möglichst geringen Kosten. Der Arbeitsmarkt polarisiert sich und fordert Flexibilität. Die Schule reagiert darauf, indem sie sich auf die Kompetenzen konzentriert und sich dem Wettbewerb öffnet. Der Einzelne ist für seine (Weiter-)Bildung selbst verantwortlich.

---

<sup>1</sup> Die Meritokratie bezeichnet die gesellschaftliche Vorherrschaft einer durch Leistung und Verdienst ausgezeichneten Bevölkerungsschicht (siehe <http://www.duden.de/rechtschreibung/Meritokratie>, letzter Zugriff: 15.03.2017).

Die bisherige Aufgabe der Schule war es, die Reproduktionsbedingungen der bestehenden Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Allerdings steuert diese Gesellschaft mit hoher Geschwindigkeit auf soziale, kulturelle und ökologische Katastrophen zu. Welche neue Rolle also kann die Schule unter diesen Bedingungen einnehmen?

Es gibt drei Bedingungen der Demokratie:

- 1) demokratische Institutionen,
- 2) der Demokratiebereich erstreckt sich auf das gesamte gemeinschaftliche Leben,
- 3) die Fähigkeit der Bürger, die Herausforderungen des demokratischen Diskurses zu erfassen.

Die erste Bedingung ist mehr oder weniger erfüllt, die zweite jedoch nicht. Was ist nun mit der dritten Bedingung? Einige Zahlen aus zwei Untersuchungen der Aped zeigen, dass wir noch längst nicht am Ziel sind. Danach verfügen die Schüler über ein weitgehend defizitäres Wissen/Verständnis von Problemen wie dem Klimawandel und den Beziehungen zwischen Nord und Süd.

Wir müssen unsere Sichtweise auf die Schule und das schulische Wissen ändern und den Schülern zu sagen wagen: Lernt, denn das ist die Voraussetzung dafür, dass ihr, als Bürger, eurer Schicksal selbst bestimmen könnt. Es ist die Voraussetzung dafür, die Welt verändern zu können – sie also zu einem wirklich demokratischen Ort zu machen – und eure Rolle vollständig wahrzunehmen.

Allerdings muss auch die Unterrichtspolitik an dieses Ziel angepasst werden: Es braucht Programme und Studiengänge, die eine breite allgemeine und technische Ausbildung für alle gewährleisten, und das ohne verfrühte Selektion und mit materiellen und personellen Mitteln, die diesen Ambitionen würdig sind.

## Wertebildung in der multikulturellen Gesellschaft: (K)eine Aufgabe der Schule? (von Prof. Dr. Andrea Szukala)

Prof. Szukala vertritt in ihrem Referat die Ansicht, dass die derzeitige Debatte um die Rolle der Schule bei der Frage, wie in der Gesellschaft der soziale und politische Zusammenhang gestärkt werden kann, von großer Ratlosigkeit geprägt ist.

Die Werteerziehung in der Schule ist unter dem Eindruck der terroristischen Attentate in einigen Ländern Europas einem rasanten Umbau unterzogen. Er ist geprägt durch die Suche nach Werten des Gemeinsamen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, um der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken.

Aber woher rührt dieser neue Appetit auf Werteerziehung eigentlich?

Soziologisch gesehen gehört es zu den grundlegenden Funktionen der Schule, die Bedarfe der Wirtschaft nach Humanressourcen zu befriedigen. Dies hat sich vor allem in den letzten zwanzig Jahren der Turboglobalisierung immer weiter manifestiert. Die Leistungen der Schule für gesellschaftliche und politische Integration sind dabei völlig in den Hintergrund gedrängt worden.

Dabei darf man allerdings nicht vergessen, dass angesichts der immer stärkeren Individualisierung und Fragmentierung in der modernen Gesellschaft Schulen heute fast die einzigen gemeinsam verbindlichen sozialen Räume für Integrationsprozesse bieten.

Um junge Menschen auf ihre künftige Rolle in der Gesellschaft vorzubereiten, müssen grundlegende Zivilisations-, Sozialisations- und Bildungsstandards vermittelt werden. Das moderne Schulwesen trägt zur Demokratisierung der Gesellschaft bei, indem es die Schüler durch Vermittlung wissenschaftlich gesicherten Wissens zu mündigen Bürgern macht und auf diese Weise die Werte der Freiheit, Gleichheit und Gemeinwohlorientierung verteidigt.

Seit der Bildungsexpansion vor allem der 1960er- und 1970er-Jahre beziehen sich die Bildungsangebote auf das gesamte soziale Bevölkerungsspektrum und nicht mehr nur auf privilegierte Eliten. Der berufliche Status ist nunmehr das Produkt der individuellen Leistung (meritokratisches Prinzip). Allerdings erzeugt das Leistungsprinzip auch hohen Druck und ist hochgradig selektiv. Dadurch entstehen Bildungsdilemmata, da zugleich der Anspruch aufrechterhalten wird, die Befähigung jedes Einzelnen so weit zu fördern, dass Egalität möglichst breit hergestellt werden kann.

Die Expansion von Bildung, die mit dem aktuellen Großprojekt der inklusiven Bildung<sup>2</sup> in eine neue Phase tritt, hat also letztlich nicht zur Wahrnehmung geführt, dass die Chancengleichheit im Bildungssystem angemessen ist.

Studien haben zudem einen Zusammenhang zwischen niedriger Bildung und verringerter politischer Teilhabe belegt. Sie zeigen damit deutlich die Leistungsgrenzen der heutigen Bildungssysteme für die Stabilisierung und Integration des Gesellschaftssystems. Aber auch das demokratische Versprechen stößt an seine Grenzen. Die Bürger haben sich von demokratischen Prozessen und den politischen Eliten entfremdet, weil kaum noch wertgesteuerte Debatten über eine gemeinwohlorientierte Politik stattfinden und zugleich die Wirksamkeit von politischem Handeln als sehr gering eingeschätzt wird.

In der Postmoderne, die von Subjektivierung und Individualisierung geprägt ist, sind wir nicht mehr mit Ansprüchen auf Gleichbehandlung, sondern vielmehr mit solchen auf

---

<sup>2</sup> „Inklusion im Bildungsbereich bedeutet, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale entwickeln zu können, unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen.“ (Quelle: <https://www.unesco.de/bildung/inklusive-bildung.html>).

Anerkennung von Differenz konfrontiert. Es ist allerdings schwierig zu definieren, von welchem großen Ganzen diese Differenz anerkannt werden soll, wenn nicht klar ist, was dieses große Ganze sein soll und wer wem gegenüber zur Toleranz verpflichtet werden darf.

Daraus folgt, dass es plurale Versionen der Gesellschaft und somit sehr verschiedene abgeleitete Werte gibt. Derzeit gibt es eine starke Gegenreaktion auf diese Situation durch den manifestierten Wunsch einiger gesellschaftlicher Gruppen nach einer normativ homogenisierenden Werteerziehung im Sinne einer gefühlten „Leitkultur“. Dies ist aber eine rückwärtsgewandte Lösung ohne politische Legitimation oder pädagogische Fundierung.

Im Gegenteil muss der Vielfalt Raum geboten werden, insbesondere in schulischen Kontexten. Außerdem muss der Segregation<sup>3</sup> in der Schulbildung entgegengewirkt werden. Die frühe Differenzierung der Schüler in unterschiedliche Bildungstypen trägt von Beginn an nicht zum Erleben des „Gemeinsamen“ bei.

Lehrer stehen vor enormen Herausforderungen. Sie können die neuen Curricula nicht glaubwürdig in der Klasse umsetzen und fühlen sich andererseits von der (überhöhten) gesellschaftlichen Erwartung an die Leistung von Schule überfordert. Auch haben die Eltern überdehnte Anforderungen an die individuelle Förderung ihrer Kinder. Würden die Lehrer dem nachgeben, würde dies wiederum dem „Gemeinsamen“ entgegenstehen.

Es gibt Tendenzen, Werterziehung als Erziehung zur geltenden Sitte aufzufassen. Dies entspringt der Fürsorgepflicht, junge Einwanderer und Geflüchtete zu sozialisieren und zu „disziplinieren“. Damit unterstützt man allerdings nicht kritisches Denken und das Einsozialisieren in die westlichen Demokratien und trifft auch nicht die Erwartungen der Geflüchteten, die sich vielfach mit großem demokratischem Engagement an schulischen Prozessen beteiligen möchten.

Wir sollten uns also nicht an festliegenden Wertekatalogen abarbeiten, sondern an den Haltungen, die wir einnehmen, wenn wir um Wertorientierungen ringen und streiten. Und diese Haltungen müssen immer wieder überprüft werden.

### Diskussion

Im Anschluss an die beiden Referate entspann sich eine interessante Diskussion zwischen dem Publikum und den Referenten.

### *Extreme Devianzen<sup>4</sup> in der Gesellschaft*

Ein Zuschauer griff die von Prof. Szukala angesprochenen extremen Devianzen in der heutigen Gesellschaft auf. Nach seiner Ansicht soll die Schule diese zwar aufgreifen und mit den Schülern besprechen, sich dann aber auf die Mitte konzentrieren, die alle Schüler verbindet.

Nach Meinung von Prof. Szukala existiert eine solche Mitte gar nicht. Gerade Sozialkundefahrer haben beispielsweise häufig eine kritische Haltung gegenüber der Gesellschaft und konzentrieren sich auch im schulischen Kontext eher auf die Dinge, die nicht gut laufen. Inzwischen fällt es vielen schwer, überhaupt zu definieren, was der positive Kern der westlichen Demokratien sein kann.

---

<sup>3</sup> In der Soziologie handelt es sich dabei um die Trennung von Personengruppen mit gleichen sozialen (religiösen, ethnischen, schichtspezifischen u. a.) Merkmalen von Personengruppen mit anderen Merkmalen, um Kontakte untereinander zu vermeiden. (Quelle: Lemma „Segregation“. In: Duden Deutsches Universalwörterbuch, 7. Auflage, Dudenverlag Berlin 2014).

<sup>4</sup> In der Soziologie: Abweichung von der Norm. (Quelle: Lemma „Devianz“. In: Duden Deutsches Universalwörterbuch, 7. Auflage, Dudenverlag Berlin 2014)

Man sucht aber zunehmend nach solchen positiven Elementen, und aus diesem Grund fördert beispielsweise das bundesdeutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung derzeit ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“.

### *Wertevermittlung durch die Schule*

Werte wie Zusammenarbeit oder Solidarität können und sollen von der Schule vermittelt werden, so Nico Hirtt. So sollen die Schüler nach und nach zu Akteuren nicht nur der Schule, sondern des sozialen Lebens herangezogen werden. Dazu muss eine Art Pseudodemokratie in der Schule errichtet werden, um die Beteiligung der Schüler zu verbessern – selbst wenn die schulischen Hierarchien und die Ungleichheit zwischen Lehrern und Schülern weiter bestehen bleiben.

Wenn man beispielsweise im Physikunterricht ein langfristiges technisches Projekt mit den Schülern durchführt, dann lernen sie nach Meinung von Herrn Hirtt neben Physik auch, in der Gruppe zusammenzuarbeiten, Projekte gemeinsam durchzuführen oder Konflikte gemeinsam zu lösen.

Ansonsten ist es nicht die vorrangige Aufgabe der Schule, den Schülern Werte zu vermitteln oder bestimmte Denkpositionen einzuimpfen – beispielsweise, dass unser Gesellschaftsmodell das bestmögliche wäre. Die Schule soll den Schülern vielmehr dazu verhelfen, sich ihr eigenes kritisches Urteil zu bilden. So ist die derzeitige Demokratie nicht etwas, das es zu verteidigen gilt sondern vielmehr etwas, das immer weiter ausgebaut und verbessert werden muss. Und dessen müssen sich die Schüler als kritische Bürger bewusst werden.

Die Demokratie ist bei Weitem nicht perfekt. So kann man als Verbraucher beispielsweise einerseits zwar entscheiden, welche Produkte man im Supermarkt kauft. Allerdings wird das, was man dort findet, was also produziert wird, nicht durch eine demokratische Wahl entschieden, sondern durch den Markt. Der Markt und die Eigentümer des Kapitals haben daher nach Meinung von Herrn Hirtt viel zu viel Macht in unserer Gesellschaft.

Prof. Szukala war ebenfalls der Meinung, dass die Schule statt Werte eher Haltungen vermitteln soll. Schon seit den 1960er-Jahren arbeitet man daran, die Gesellschaft immer weiter zu demokratisieren. Allerdings hat man festgestellt, dass die meisten Bürger sich nicht täglich mit Fragen zu Demokratie auseinandersetzen wollen, weil diese zu komplex sind.

Sie erinnerte daran, dass derzeit gerade in Deutschland viele Menschen im Rahmen der Pegida-Demonstrationen auf die Straße gehen. Allerdings geht es hier nicht um mehr Volksdemokratie, sondern im Gegenteil darum, das Repräsentationsprinzip abzuschaffen.

Die immer eingehendere Demokratisierung und Bürgerpartizipation hat nach Ansicht von Prof. Szukala eine starke Klassenkomponente: Vor allem gebildete Personen verwirklichen sich in diesen Partizipationsmustern, andere Gesellschaftsklassen bleiben außen vor.

### *Beziehung zwischen Schule und Gesellschaft*

Ein Ausschussmitglied stellte die Frage, ob Schule und Gesellschaft wirklich gleichwertige Partner sind oder ob es nicht vielmehr so ist, dass die Schule gesellschaftlichen Entwicklungen stets hinterherhinkt und dann versucht, adäquate Antworten zu finden.

Prof. Szukala war umgekehrt der Meinung, dass die Schüler Gradmesser gesellschaftlicher Entwicklungen sind und die Lehrer somit als erstes über solche

Entwicklungen und Veränderungen informiert werden. Sie bekommen mit, wie die Familienmodelle sich veränderten oder welche Religionen ausgeübt werden. Allerdings gestand sie zu, dass die Curricula, die Didaktik, die Schulbücher immer veraltet sind.

Herr Hirtt sah kein Problem darin, dass die Schule nicht mit der gesellschaftlichen Entwicklung gleichgeschaltet ist. Es gibt Stimmen, die fordern, dass die Schule sich an Entwicklungen wie die Allgegenwärtigkeit von Technik und Informatik oder die Diktatur des Bildes über andere Ausdrucks- und Kommunikationsformen anpassen soll. Den Schülern soll eine individuelle Wahl zugestanden werden, statt ihnen zentral Programme aufzuerlegen. Auch sollte der Informations- und Kommunikationstechnologie mehr Raum in der Schule zur Verfügung gestellt werden, weil die Schüler an diesen Zugang zu Wissen gewöhnt sind.

Er war sogar der Meinung, dass die Schule sich solchen Entwicklungen im Gegenteil auch manchmal widersetzen muss. Er verwies dabei auf die Polarisierung des Arbeitsmarkts seit den 1990er-Jahren: Inzwischen werden vor allem besonders hoch- und besonders geringqualifizierte Arbeitnehmer gesucht. Mit internationalen Erhebungen wie dem Pisatest hat man festgestellt, dass die sozialen Ungleichheiten im Bildungssystem seit 2000 immer größer werden. Es gibt also einen immer breiteren Graben zwischen den leistungsstärksten und den leistungsschwächsten Schülern.

Diese Steigerung der sozialen Ungleichheit in der Schule ist nicht Ausdruck eines Missverhältnisses zwischen der Schule und den gesellschaftlichen Entwicklungen, sondern leider im Gegenteil Ausdruck einer Übereinstimmung zwischen der Schule und den Entwicklungen in ihrem sozialen und wirtschaftlichen Umfeld. Eine noch eingehendere Anpassung der Schule an die Gesellschaft wäre daher nicht wünschenswert.

*Was sollen Kinder sein?*

Die Entscheider des Unterrichtswesens stehen unter einem hohen Druck, der von den Kunden der Lehrer, mithin den Schülern, und vor allem den Eltern aufgebaut wird, so ein Zuschauer. Es besteht bereits insofern eine „Bildungshysterie“, als die Eltern immer mehr für ihre Kinder wollen, um ihnen die bestmöglichen Chancen zum Bestehen in der Wirtschaft zu geben. Dies setzt die Lehrer unter einen enormen Druck.

Daher sollten sich die Parlamentarier zwei Fragen stellen: „Was sollen unsere Kinder können?“ und „Was sollen sie sein?“

Können sollen die Kinder lediglich eine Sache, und zwar *denken*. Das (kritische) Denken kann in der Schule ausgebildet werden.

Außerdem muss ein Kind lernen, das, was es denkt, zu bewerten. Dazu müssen dem Kind Werte vermittelt werden, die sein Sein ausmachen. Dies kann nur in der Schule, in Kontakt mit Menschen geschehen, und nicht aus den Medien oder Büchern. Das Sein eines Menschen besteht u. a. darin, eine Fürsorgepflicht und Respekt für andere Menschen zu entwickeln.

*Schulautonomie*

Prof. Szukala hielt dafür, dass Lehrer gestärkt werden müssen; es muss ihnen die Autorität, die sie früher besessen haben, ein Stück weit wiedergegeben werden. Die Wege zur Erarbeitung wirksamer pädagogischer Haltungen bei den reflektierten Praktikern sind hinlänglich bekannt.

Die ständigen Testungen, denen Lehrer und Schüler unterzogen werden, sowie die Kompetenzorientierung, die sich in den letzten zehn Jahren durchgesetzt hat, hindern die

Lehrer nach Meinung von Prof. Szukala daran, die pädagogische Arbeit in Kooperation mit den Schülern vernünftig auszuführen.

Schulen müssen weg von der Überregulierung. Es müssen ihnen Räume zur Entwicklung in unterschiedlichen Richtungen gegeben werden. Man soll sich auf die Lehrer verlassen, die fähige Pädagogen sind und somit wissen, was sie tun.

Herr Hirtt kam ebenfalls auf die Kompetenzorientierung zu sprechen, die Ende der 1990er-Jahre und Anfang der 2000er-Jahre in der Französischen Gemeinschaft eingeführt worden ist. Zu Beginn herrschte eine Aufbruchsstimmung; man fühlte sich als Erben einer konstruktivistischen Pädagogik<sup>5</sup>. Dann aber gab es neue Programme, die die Arbeit der Lehrer in ein extrem rigides Korsett schnürten. Die Lehrer wurden zu einer sehr bürokratischen Herangehensweise an ihre Arbeit gezwungen, um den Vorgaben des Programms gerecht werden zu können.

Diese Programme bestehen laut Herrn Hirtt zu einem sehr großen Teil aus pädagogischen Vorschriften, während sich nur ein verschwindend geringer Teil den zu unterrichtenden Inhalten widmet. Sie waren also hinsichtlich der pädagogischen Praxis äußerst streng, und dafür sehr vage in Bezug auf die Unterrichtsinhalte. Damit war überhaupt nicht klar, welches Anforderungsniveau gefordert wird.

Im Grunde konnte ein Lehrer machen, was er wollte. Aber das bedeutet letztlich, dass ein Lehrer das tut, was er kann. Er passt seinen Unterricht also an seine Schüler an, was die Segregation in der Schule noch weiter verstärkt.

Eigentlich ist also das genaue Gegenteil gefordert: Die Behörden müssen den Schulen vorschreiben, was sie zu unterrichten haben. Denn wenn jede Schule tut was sie will, dann entzieht sie sich dem demokratischen Diskurs. Die Art und Weise jedoch, wie der Unterricht vermittelt wird, die Didaktik und die Pädagogik, sollten dem Lehrer überlassen bleiben.

---

<sup>5</sup> „Der Konstruktivismus in lernpsychologischer Hinsicht postuliert, dass menschliches Erleben und Lernen Konstruktionsprozessen unterworfen ist, die durch sinnesphysiologische, neuronale, kognitive und soziale Prozesse beeinflusst werden. Seine Kernthese besagt, dass Lernende im Lernprozess eine individuelle Repräsentation der Welt schaffen. Was jemand unter bestimmten Bedingungen lernt, hängt somit stark, jedoch nicht ausschließlich, von dem Lernenden selbst und seinen Erfahrungen ab.“ (Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Konstruktivismus\\_\(Lernpsychologie\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Konstruktivismus_(Lernpsychologie))).